

Streit um Horen, Wäge und Fälder auf neuen Landkarten

Unter Schweizer Kartografen tobt ein Streit um die Schreibweise von Flurnamen. Ob er zu Gunsten des Dialekts oder der Schriftsprache ausgeht, ist noch offen.

Von Daniel Friedli

Bern. – Die Schweizer Landkarten gelten als Inbegriff von Qualität und Verlässlichkeit. Doch was die Namensgebung angeht, ist die Situation verwirrt. Und die Fachleute sind zerstritten. Der Teufel sitzt in der Detailfrage, wie die Namen von weniger bedeutungsvollen Weilern, Fluren und Bergen zu schreiben sind. Lange Zeit galt ein Kompromiss aus dem Jahr 1948: Demnach werden allgemeine Namenwörter wie etwa Berg, Feld oder Steg in Schriftsprache geschrieben; in Anlehnung an die ortsübliche Aussprache sind aber auch Dialektbegriffe wie Müli oder Hostet (für Hofstatt) möglich.

In den letzten Jahren ist um diese Schreibweisen ein regelrechter Kleinkrieg entstanden. Denn zum einen merkten viele Akteure erst jetzt, dass die Weisung von 1948 eigentlich

schon seit bald 40 Jahren ausser Kraft ist; und zum anderen haben einige Kantone, allen voran Thurgau und Schaffhausen, viele Flurnamen eingeschweizert. So wurde etwa aus Rotbühl im Hinterthurgau auf einmal Roopel, und wer auf den Rosenberg geht, der kann je nach Karte vom Roosebärg wieder herunterkommen.

Eine Dialektomanie?

Verschärft hat sich dieser Konflikt jetzt mit dem neuen Geoinformationsgesetz. Denn im Zusammenhang mit dem Ausführungsrecht wirft nun die Schweizerische Organisation für Geo-Information dem Bundesamt für Landestopografie vor, sich ebenfalls auf die Seite der Mundartverfechter geschlagen zu haben. Ein Indiz dafür sehen sie im Entwurf eines Leitfadens, der später als Schreibempfehlung dienen soll. Darin wird vorgeschlagen, auch für Namenwörter Dialekt zuzulassen. Aus einem Horn würde dann ein Hore, aus einem Feld ein Fäld und aus einem Weg ein Wäg. Als Beispiele werden etwa die Berner Flurnamen Breitfäld, Hölje Stäg oder Chirschboummatte aufgeführt.

Kulturingenieur Martin Schlatter, Vertreter der Schweizerischen Orga-

nisation für Geo-Information, lehnt solche Änderungen zusammen mit vielen anderen Fachleuten vehement ab. Er stört sich einerseits am Schriftbild einer zu mundartlichen Schreibweise und warnt andererseits vor dem Aufwand einer Änderung: «Die Gefahr, dass Zehntausende von Lokalnamen mit grossen Kostenfolgen verändert werden, ist so gross, dass die Weisungen 1948 weiterhin zwingend als Richtschnur gelten müssen.»

Mit dieser Forderung ist Schlatter keineswegs allein, wie das Echo auf die Vorschläge gezeigt hat. Der Schweizerische Gemeindeverband befürchtet, dass eine Praxisänderung von den Ortsplänen bis hin zum Grundbuch erhebliche Umstellungs- und Anpassungskosten verursachen würde. «Es scheint eine Kleinigkeit zu sein, aber die ganze Rechtssicherheit hängt daran», sagt Vizedirektorin Maria Luisa Zürcher.

Die SBB wollen die alten Weisungen beibehalten, weil sie Angst davor haben, dass ihre Stationsnamen plötzlich nicht mehr mit den geografischen Namen übereinstimmen. Die Post gibt zu bedenken, dass mundartliche Schreibweisen ihr die Arbeit erschweren, und die Rettungsflugwacht pocht

darauf, dass die Namen möglichst leicht zu lesen sind. Sonst werde die telefonische Übermittlung im Notfall schwieriger.

Swisstopo relativiert

Im zuständigen Bundesamt kann man diese Aufregung nicht nachvollziehen. «Uns geht es nicht um mehr Dialekt oder mehr Hochdeutsch», beschwichtigt André Streilein, Leiter des Bereichs Topografie. Wichtig sei einfach, dass die Eindeutigkeit der Namen durch einen einheitlichen Gebrauch gewährleistet sei und die Schreibregeln nicht unterschiedlich interpretiert würden. Sonst kann es den störenden Fall geben, dass ein Gebiet auf der Karte in zwei Varianten geschrieben wird, nur weil dazwischen eine Kantonsgrenze verläuft. Streilein betont auch, dass der Bund keineswegs Namensänderungen verordnen wolle. Auch weiterhin würden die Kantone die Schreibweise zusammen mit der Nomenklaturkommission und der Gemeinde festsetzen.

Ob sich die Parteien noch finden können, müssen weitere Gespräche zeigen. Martin Schlatter jedenfalls ist skeptisch: «Wir trauen dem Bundesamt nicht richtig», sagt er.